

UniCredit – Commerzbank

## Das Potenzial für Chaos wächst – Eheberater gesucht!

Frankfurt, im Juli 2026

Von Marcus Bourauel, DBV-Vorstandsmitglied / Betriebsrat Commerzbank Zentrale  
& Alexander Michaut, Betriebsrat Commerzbank Zentrale

Vom Übernahmeversuch der Unicredit zur Übernahmeschlacht um die Commerzbank: Was im September 2024 mit einer Schrecksekunde in Berlin begonnen hat und in der breiten Öffentlichkeit auf den ersten Blick nach einer brillanten Milchmädchen-Rechnung á la  $1 + 1 = 2$  aussah, hat sich zu einem Drama mit verwirrender Komplexität entwickelt, sodass man sich als Zuschauer nur noch das Ende dieses Versuchs wünschen kann.



Marcus Bourauel.

Alexander Michaut.

Warum eigentlich? Ist eine paneuropäische Großbank nach Prägung der renommierten UniCredit-Gruppe nicht wünschenswert, um ein Gegengewicht gegen die US-Banken zu bilden, die zunehmend nach Europa drängen? Von einem eindeutigen „Ja“ sind wir allerdings weiter entfernt, als es uns die Medien-Berichterstattung gelegentlich glauben machen will – wenn man sich das Gesamtbild ansieht.

Aber der Reihe nach:

Das Wunschgebilde einer paneuropäischen Großbank wird durch das Zusammengehen von UniCredit und Commerzbank nicht entstehen. Im Ergebnis wäre es unverändert eine UniCredit mit Hauptsitz in Mailand mit einer verstärkten Niederlassung in Deutschland. Was wäre außer

dem grenzüberschreitenden Moment daran europäisch? Zum Vergleich: In den Ländern Europas haben wir renommierte Autobauer mit Niederlassungen außerhalb des Mutterlandes. Käme jemand auf die Idee, die jeweiligen Autobauer als paneuropäische Firmen zu definieren? – Wohl kaum. Durch die Übernahme der Commerzbank, so wirkt es, würde allenfalls das Geschäftsmodell der UniCredit ausgerollt. Die Besonderheiten der Commerzbank, die sich am Bedarf der deutschen Firmenkunden entlang entwickelt hat, drohen zu verschwinden, wie wir es der Presse entnehmen konnten. Das Gefühl getäuscht zu werden entsteht regelmäßig dann, wenn das Marketing einer Aktion sich als bloße Worthülse erweist. Wer ist da noch überrascht, wenn auf diesem Weg Argwohn entsteht?

Eine Konkurrenz gegenüber den US-Banken soll entstehen. Eine nähere geschäftspolitische Begründung, woher der Markt den Bedarf dafür sieht, wurde bislang noch nicht überzeugend erörtert. Außerdem fehlt Europa im Vergleich zu den USA eine vollständige Kapitalmarkt- und Bankenunion, um insbesondere das Haftungsrisiko der Banken für den jeweiligen Mitgliedstaat deutlich zu reduzieren. Aktuell kann man die Unterschiede wie folgt grob skizzieren: Ein Mitgliedsstaat in Europa darf rechtlich deutlich umfangreicher Schulden aufnehmen, als ein US-Bundesstaat. Im Falle einer wirtschaftlichen Schiefelage eines US-Bundesstaates springt der US-Bundesregierung (ggfs. mit Auflagen) ein, da die USA im Gegensatz zur EU eine echte und vollendete Fiskalunion sind. Kurzum: Die Rahmenbedingungen der USA und der EU weichen deutlich voneinander ab.



Eine „paneuropäische Großbank“ würde von den Risiken in den nationalen Wirtschaftsräumen und der Haushaltspolitik dort abhängig sein. Das haben wir in Europa ab 2007 erleben müssen. Die Schuldenkrise legte durch die erforderliche Rettungspolitik der EZB und die damit verbundenen massiven Zunahme der Geldmenge den Nährboden, der mit Eintritt neuer Krisen (u.a. Corona) zur Inflation geführt hat, die wir alle heute spüren.

Kann eine neue paneuropäische Bank durch die EZB/ESM in einer erneuten Krise überhaupt gerettet werden? Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) beschäftigt sich in ihrem aktuellen Jahresbericht mit der globalen Finanzlage und warnt dort recht früh vor Finanzkrisen. Die Möglichkeiten der Regierungen, auf Krisen zu reagieren, sieht die BIZ begrenzt. Die Staaten haben sich, auch wegen großer Militärausgaben und Energiesubventionen, selbst massiv verschuldet. Der Anstieg der Staatsverschuldung stellt „ein wachsendes Risiko für die Finanzstabilität vieler Volkswirtschaften“ dar, so die BIZ. Ein verfrühter Zusammenschluss kann sich als tickende Zeitbombe für Deutschland und Europa herausstellen.



Gesprächsversuche zwischen den Vertretern der Unicredit und der Commerzbank blieben ohne Ergebnis. Die Commerzbank hat Kontakt zur BaFin aufgenommen und der Betriebsrat hat eine Strafanzeige wegen des Verdachts der Marktmanipulation und Irreführung gestellt. Die deutsche Bundesregierung hat sich wiederholt gegen eine feindliche Übernahme positioniert. Es besteht keine gemeinsame Gesprächsbasis mehr.

Unverständlich ist auch, warum nun das freiwillige Angebot der UniCredit von angeblich 17,6 % des Coca-Aktienkapitals angenommen worden sein soll. Es scheint der Gedanke zu sein, dass man durch den ungünstigen Tausch eine Chance auf einen möglichen größeren Kursgewinn in der Zukunft erhält, wenn bis dahin alle Genehmigungen und Auflagen erteilt würden. - Das erinnert uns an unsere letzte launige Billard-Runde und unseren vollmundigen Versuch, über drei Bande mit Ansage einlochen zu wollen ...

Die auch rechtlich spannende Frage hinsichtlich der Transparenz, woher die der UniCredit angedienten Aktien eigentlich stammen, klärt nun die BaFin und die Staatsanwaltschaft auf. Einfach ausgedrückt: Der Erwerb einer relevanten Mehrheit an einer systemrelevanten Aktiengesellschaft kann schwerwiegende Folgen für einen Wirtschaftsraum haben. Sollten daher die bestehenden regulatorischen Rahmenbedingungen beim Erwerb der Aktien und Derivate nicht eingehalten oder unter Ausnutzung regulatorischer Hürden im europäischen Ausland bewusst umgangen worden sein, wären die Rechtsfolgen unter Umständen enorm.

Die Pressemeldung der UniCredit, den Vorstand der Commerzbank demnächst austauschen zu können, war die letzte größere Eskalation in der laufenden Kommunikation. Nach § 84 Aktiengesetz entscheidet allein der Aufsichtsrat über die (Ab-)Berufung des Vorstands. Für eine Abberufung ist zudem ein wichtiger Grund nötig. Die Hauptversammlung kann dagegen nur durch Beschluss den Aufsichtsrat mit der Aufgabe betrauen, darüber zu entscheiden. Eine Abberufung des Vorstandes ist demnach ein schwer zu erreichendes Ziel. Leider hat die Pressemeldung zu einiger Verwirrung geführt. Nebenbei: Eine absolute Mehrheit der UniCredit im Aufsichtsrat der Coca ist nicht zu erwarten.



Und wenn trotz aller Risiken und bankuntypisch emotionaler Wortwechsel die Umsetzung der Fusion dann von zwei Belegschaften in Deutschland vorgenommen werden soll, deren Großteil im Anschluss daran ihre Jobs verlieren wird, kann man die Fortsetzung des Dramas erwarten. Die Motivationslage in beiden Belegschaften kann man sich für diese Zeit gut vorstellen.

Und da sind noch die Aussagen von EZB-Vertretern, „wenn Europa funktionieren soll, ist eine gewisse Konsolidierung nötig“, die zuletzt namentlich nicht genannt werden wollen. Derartige Kommentare sind wenig plausibel und daher auch besser nicht zu kommentieren.

Sobald die UniCredit kommuniziert, ob der Hauptsitz einer vereinten Commerzbank / Vereinsbank in München oder Frankfurt sein wird, sinkt die Stimmung in den Landesregierungen von Hessen bzw. Bayern sicher auch. Dann hat Andrea Orcel wirklich alle gegen sich aufgebracht. Ist das der Start in eine Traum-Ehe – oder nicht eher ein Rosenkrieg?